



Stellenausschreibung

Das Bundesamt für Justiz (BfJ) in Bonn ist eine Oberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz (BMJ) und bietet für Absolventinnen und Absolventen der ersten juristischen Prüfung mehrere

bis auf zwei Jahre befristete Dienstposten (m/w/d) in der Sachbearbeitung in Referat VI 3 (Zwangsvollstreckung aus Ordnungsgeldverfahren).

Das machen wir:

Ein Jahresabschluss fasst die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage eines Unternehmens zusammen. Er ist damit nicht nur für interne unternehmerische Prozesse von Bedeutung, sondern liefert auch einen Überblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Unternehmens. Kapitalgesellschaften sind verpflichtet, ihre Jahresabschlüsse zu erstellen und offenzulegen. Kommen sie ihrer Verpflichtung nicht nach, droht das BfJ Ordnungsgelder an, um das Unternehmen zur Offenlegung des Abschlusses zu bewegen. Sollte das Unternehmen dem nicht nachkommen, werden die Ordnungsgelder festgesetzt und bei Nichtzahlung vollstreckt. Für diese Vollstreckung von Ordnungsgeldern suchen wir Unterstützung.

Aufgaben:

- Veranlassung, Koordinierung und Durchführung von Vollstreckungsmaßnahmen im Innendienst zur Durchsetzung von Ordnungsgeldern
- Entwicklung von Vollstreckungsstrategien aufgrund von Unternehmensbewertungen
- Bearbeitung von Eingaben, Insolvenzanfechtungen und Rechtsbehelfen gegen Entscheidungen der Vollstreckungsorgane
- Verhandlungen mit Schuldnern im Rahmen von Stundungen, Vergleichen und Erlassen

Voraussetzungen:

- abgeschlossene erste juristische Prüfung
- Teamfähigkeit, eine analytische und flexible Denkweise sowie die Fähigkeit zu konzeptioneller Arbeit
- ein hohes Maß an Verlässlichkeit, Selbständigkeit sowie Organisationsgeschick und Verantwortungsbewusstsein für den Aufgabenbereich

- rasche Auffassungsgabe, hohe Belastbarkeit, Durchsetzungsfähigkeit sowie ein gutes Ausdrucksvermögen in Wort und Schrift
- Konfliktfähigkeit auch im Umgang mit schwierigen Verfahrensbeteiligten, Sensibilität für die Belange der Betroffenen
- Bereitschaft zur Fortbildung zum Erwerb der erforderlichen Fachkenntnisse

Kenntnisse in zivilprozessualen, handels- und gesellschaftsrechtlichen Fragen und das Interesse an vollstreckungsrechtlichen Fragen sind von Vorteil.

Für Tarifbeschäftigte ist die Tätigkeit nach der Entgeltgruppe 10 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst, Bereich Bund bewertet.

Auch Bewerbungen mit dem Wunsch nach Teilzeitarbeit werden berücksichtigt; die personellen und organisatorischen Möglichkeiten werden bei Eingang entsprechender Bewerbungen im Einzelnen geprüft.

Schwerbehinderte Menschen werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt; von ihnen wird nur ein Mindestmaß an körperlicher Eignung verlangt.

Bewerbungen von Menschen anderer Nationalitäten sind ausdrücklich erwünscht.

Für Ihre Bewerbung ist zwingend das unter www.bundesjustizamt.de/stellenausschreibungen eingestellte **Bewerbungsformular** zu nutzen. Dort finden Sie auch unsere **Datenschutzhinweise**. Das Bewerbungsformular ist Ihrer elektronischen Bewerbung als **zweite Anlage** oder Ihrer schriftlichen Bewerbung ausgedruckt beizufügen.

Richten Sie Ihre vollständige Bewerbung (Bewerbungsschreiben, Lebenslauf, Zeugnis des ersten Staatsexamens, Zertifikate) mit dem Bewerbungsformular (als separate PDF-Datei) bis spätestens

30. September 2022

in elektronischer Form (mit zwei Anlagen jeweils als PDF-Datei mit max. 8 MB) an

bewerbungen@bfj.bund.de

oder an folgende Adresse:

Bundesamt für Justiz
Personalgewinnung
53094 Bonn

zum Aktenzeichen **2320/6 - P1 – 546/2022**.

Für Inhaberinnen und Inhaber von De-Mail-Konten ist der Zugang für eine verschlüsselte Zu-
sendung über das Postfach post@bundesjustizamt.de-mail.de eröffnet.

Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgesandt.

Bei Rückfragen stehen in der Personalverwaltung Frau Braaf (Tel. 0228 99 410-5543) sowie
für den Fachbereich Herr Kraiß (Tel. 0228 99 410-6105) gerne zur Verfügung.

- Referat I 1 -

- **2320/6 - P1 – 546/2022** -